



**MARCHIVUM**

MANNHEIMS ARCHIV  
HAUS DER STADTGESCHICHTE  
UND ERINNERUNG



## **MARCHIVUM Druckschriften digital**

### **Mannheimer General-Anzeiger. 1916-1924 1919**

166 (9.4.1919) Abend-Ausgabe

[urn:nbn:de:bsz:mh40-184803](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:mh40-184803)



# Mannheimer General-Anzeiger

Hauptredaktion: Dr. Fritz Gullenbaum, Ortswortführer der Partei; Dr. Fritz Gullenbaum, für Redaktion: Hans Götting, für Lokal- und des Abends redaktionellen Teil; Richard Schöfer, für Handel; Franz Krieger, für Anzeigen; Anton Schuler, Druck und Verlag; Druckerei Dr. Hans Mannheimer, Gutenbergstraße 6, u. 8, in Mannheim. Druck-Abt.: General-Anzeiger Mannheim, Postfach-Nr. 1739, Karlsruhe in Baden. — Fernsprecher aus Mannheim Nr. 7060-7066.

Badische Neueste Nachrichten  
Tägliches Verkündigungsblatt

Anzeigenpreis: Die 1000. Zeile für den ersten Tag 40 Pf., für den zweiten 30 Pf., für den dritten 20 Pf., für den vierten 15 Pf., für den fünften 10 Pf., für den sechsten 8 Pf., für den siebten 6 Pf., für den achten 5 Pf., für den neunten 4 Pf., für den zehnten 3 Pf., für den elften 2 Pf., für den zwölften 1 Pf., für den dreizehnten 1 Pf., für den vierzehnten 1 Pf., für den fünfzehnten 1 Pf., für den sechzehnten 1 Pf., für den siebzehnten 1 Pf., für den achtzehnten 1 Pf., für den neunzehnten 1 Pf., für den zwanzigsten 1 Pf., für den einundzwanzigsten 1 Pf., für den zweiundzwanzigsten 1 Pf., für den dreiundzwanzigsten 1 Pf., für den vierundzwanzigsten 1 Pf., für den fünfundzwanzigsten 1 Pf., für den sechsundzwanzigsten 1 Pf., für den siebenundzwanzigsten 1 Pf., für den achtundzwanzigsten 1 Pf., für den neunundzwanzigsten 1 Pf., für den dreißigsten 1 Pf., für den einunddreißigsten 1 Pf., für den zweiunddreißigsten 1 Pf., für den dreiunddreißigsten 1 Pf., für den vierunddreißigsten 1 Pf., für den fünfunddreißigsten 1 Pf., für den sechsunddreißigsten 1 Pf., für den siebenunddreißigsten 1 Pf., für den achtunddreißigsten 1 Pf., für den neununddreißigsten 1 Pf., für den vierzigsten 1 Pf., für den einundvierzigsten 1 Pf., für den zweiundvierzigsten 1 Pf., für den dreiundvierzigsten 1 Pf., für den vierundvierzigsten 1 Pf., für den fünfundvierzigsten 1 Pf., für den sechsundvierzigsten 1 Pf., für den siebenundvierzigsten 1 Pf., für den achtundvierzigsten 1 Pf., für den neunundvierzigsten 1 Pf., für den fünfzigsten 1 Pf., für den einundfünfzigsten 1 Pf., für den zweiundfünfzigsten 1 Pf., für den dreiundfünfzigsten 1 Pf., für den vierundfünfzigsten 1 Pf., für den fünfundfünfzigsten 1 Pf., für den sechsundfünfzigsten 1 Pf., für den siebenundfünfzigsten 1 Pf., für den achtundfünfzigsten 1 Pf., für den neunundfünfzigsten 1 Pf., für den sechzigsten 1 Pf., für den einundsechzigsten 1 Pf., für den zweiundsechzigsten 1 Pf., für den dreiundsechzigsten 1 Pf., für den vierundsechzigsten 1 Pf., für den fünfundsechzigsten 1 Pf., für den sechsundsechzigsten 1 Pf., für den siebenundsechzigsten 1 Pf., für den achtundsechzigsten 1 Pf., für den neunundsechzigsten 1 Pf., für den siebenzigsten 1 Pf., für den einundsiebzigsten 1 Pf., für den zweiundsiebzigsten 1 Pf., für den dreiundsiebzigsten 1 Pf., für den vierundsiebzigsten 1 Pf., für den fünfundsiebzigsten 1 Pf., für den sechsundsiebzigsten 1 Pf., für den siebenundsiebzigsten 1 Pf., für den achtundsiebzigsten 1 Pf., für den neunundsiebzigsten 1 Pf., für den siebenundachtzigsten 1 Pf., für den einundachtzigsten 1 Pf., für den zweiundachtzigsten 1 Pf., für den dreiundachtzigsten 1 Pf., für den vierundachtzigsten 1 Pf., für den fünfundachtzigsten 1 Pf., für den sechsundachtzigsten 1 Pf., für den siebenundachtzigsten 1 Pf., für den achtundachtzigsten 1 Pf., für den neunundachtzigsten 1 Pf., für den neunzigsten 1 Pf., für den einundneunzigsten 1 Pf., für den zweiundneunzigsten 1 Pf., für den dreiundneunzigsten 1 Pf., für den vierundneunzigsten 1 Pf., für den fünfundneunzigsten 1 Pf., für den sechsundneunzigsten 1 Pf., für den siebenundneunzigsten 1 Pf., für den achtundneunzigsten 1 Pf., für den neunundneunzigsten 1 Pf., für den hundertsten 1 Pf.

## Die Friedensverhandlungen.

### Wilson droht mit einem Sonderfrieden.

Rotterdam, 9. April. (W.B.) Der Londoner Korrespondent des „New York Courant“ berichtet, daß die Nachrichten aus Paris widerspruchsvoller seien als je.

Der Korrespondent des „Daily Express“ meldet: Aus gewöhnlich gut unterrichteten amerikanischen Kreisen verlautet, daß Wilson mit dem Verlauf der Verhandlungen sehr unzufrieden sei. Er werde vielleicht nach Amerika zurückkehren, ehe der Friedensvertrag fertig sei. Dann würden die Vereinigten Staaten mit Deutschland einen Sonderfrieden schließen.

Die Danziger Frage sei endgültig entschieden. Danzig werde freihalten. Die polnische Frage werde durch die Jubelveranstaltungen noch komplizierter. In Paris besinde sich eine amerikanisch-jüdische Abordnung, die versuchen will, von den Alliierten Garantien für den Schutz der jüdischen Bevölkerung in Polen zu erhalten.

### Verzögerung des Friedensschlusses.

Amsterdam, 8. April. (W.B.) Das „Algemeen Handelsblad“ meldet aus Paris: Wie vorausgesehen, beginnt man bereits, nicht mehr so übertrieben optimistisch bezüglich des vermutlichen Datums, an dem der Frieden unterzeichnet werden soll, zu sein. Es herrschen Meinungsverschiedenheiten über die Frage der Beilegung des linken Rheinufers, außerdem will man den Wünschen Italiens entsprechen und im Friedensvertrag auch die Lösung der Adriastfrage aufnehmen. Von gewisser Seite wird in der Frage der Beilegung des linken Rheinufers Opposition geübt, weil diese Beilegung den Alliierten zu großen Kosten und zwar nicht finanzieller (denn diese werden auf Rechnung Deutschlands gehen), sondern militärischer Lasten aufbürden. Die Anzahl Truppen, die man für die Beilegung des linken Rheinufers benötigt, werden auf 500 000 Mann geschätzt. Diese Truppen müsse Frankreich allein stellen, da sich England und Amerika an der Beilegung nicht beteiligen würden.

Die Friedenskonferenz scheint jetzt der Ansicht zu sein, daß der Friede nicht unterzeichnet werden kann, bevor eine Regelung über die Grenzen Italiens und der Balkanstaaten und des Schicksals der Türkei usw. getroffen ist. Wenn der Friedensvertrag auch die Lösung dieser Fragen umfassen soll, wird sich naturgemäß seine Unterzeichnung hinauszuziehen.

Die Gerüchte, daß Wilson verlassen wolle, bezichtigt der Korrespondent des „Handelsblad“ als Unfug. Wilson scheint überzeugt zu sein, daß die Arbeit rasch vorwärts schreite, und um dies klar zu machen, lasse er den „George Washington“ nach Brest kommen.

### Die Entschädigungsfrage.

Paris, 8. April. (W.B.) Ueber die Entschädigungsfrage berichten die Blätter, daß eine erste Zahlung durch Deutschland von 25 Milliarden vorgeschlagen sei, und bestimmt wurde, daß Deutschland innerhalb 30 Jahren gewisse Arten von spezifizierten Schäden vollständig zu erlegen habe; unter diesen in einer Linie zu erlegenden Schäden jenseits die Materialverluste der Bewohner und die Verluste der Städte infolge von Vergehen gegen das Völkerrecht, sowie die auszu zahlenden Pensionen.

Paris, 9. April. (W.B.) Havas. Der Ausschuss für die Entschädigungen genehmigt gestern den ersten Bericht der Unterkommission über die finanziellen Kräfte und über die Zahlungsmittel der feindlichen Länder. Der Ausschuss beschloß den Bericht dem Generalsekretariat der Friedenskonferenz einzusenden, ebenso den Bericht über die Einschätzungsmethode.

### Von der deutschen Finanzkommission.

Bern, 8. April. (W.B.) Nach der Pariser Ausgabe des „New York Herald“ haben am 6. April in Virello-Billette weitere Sitzungen mit der deutschen Finanzkommission stattgefunden, in denen die Deutschen neue Lebensmittelpendungen verlangen und gleichzeitig erklärt haben sollen, sie könnten ihre Zahlungen unmöglich in Gold fortsetzen. Um die Goldreserven Deutschlands zu erhöhen, würde es großer Anleihen in neutralen Ländern aufnehmen. Der Mangel an bestlicher Handels- und Handelsfreiheit verhindere überdies die Lebensmittelpreise zu bezahlen. Zur Kontrolle dieser Behauptungen haben die Alliierten eine Versammlung von neutralen Großbanken einberufen, die man erforschen will, ob sie über die genaue Art der Kredite zu geben.

### Der frühere Kaiser soll angeklagt werden.

Bern, 8. April. (Von unserem Sonderberichterstatter.) Die Kommission für die Schuldfrage beendet ihre Arbeiten und gelangte einstimmig zu dem Urteil, daß der Exkaiser in den Anklagezustand verlegt werden soll, da er nicht nur für den Kriegsausbruch, sondern auch für die rote Kriegführung verantwortlich sei.

Zur Lösung der Danziger Frage erklärt „Carriere della Sera“, Mailand, daß man nachsehen, um den Vorkrieg zu vermeiden, daß Frankreich eine Stärkung der internationalen Bewegung wünsche, die erfolgt wäre, wenn die Regierung Schweden einen Misserfolg in dieser Frage gehabt hätte. Unentschieden amerikanische Blätter nehmen an, daß Frankreich aus denselben Gründen auch in anderen Fragen Deutschland günstigerer Lösungen zustimmt.

### Stimmungsumkehrung in Italien.

Chiasso, 8. April. (Eigener Drahtbericht, indirekt.) In Italien macht sich in den letzten Tagen ein großer unvorstellbarer Stimmungsumschwung bemerkbar, dessen Wirkung bereits in der äußeren und inneren Politik des Landes zu verspüren ist. Die Erkenntnis der Tatsache, daß auch Italien Gefahr läuft, durch eine weitere abschließliche Verzögerung des Friedensschlusses durch Frankreich und Belgien die wertvollsten erwerbenden Vorteile im Weltkrieg zu verlieren, hat eine gewaltige Erleichterung nach dem Eisensteinmet bewirkt, so daß man nunmehr den übertriebenen Forderungen Frankreichs und Belgiens die Heeresfolge vorzuziehen.

Der „Sacro Egoismo“ verlangt nun, möglichst viel von den eigenen Forderungen durchzudrücken, ohne irgendwelche Rücksicht auf Frankreich zu nehmen. Der eilige Ankauf der gesamten österreichischen Schiffahrtsaktien durch ein italienisches Konsortium erfolgte nur, um einer Beschlagnahme des ganzen Schiffsräume der österreichischen Schiffahrtsgesellschaften durch Frankreich als Entschädigung für die Lonnageverluste des U-Boottkrieges vorzubeugen.

Wir Ihr loeben aus Rom eingetroffener Gewährsmann aus bestinformierten römischen Kreisen erfahren hat, mehren sich auch die Anzeichen einer Annäherung Italiens an den ehemaligen Bundesgenossen Deutschland immer mehr. Man zieht den ehrlichen Charakter Deutschlands, das allerdings augenblicklich wenig zu bieten vermag, den fortwährenden Prellungsversuchen des zwar siegreichen, aber ebenfalls darniederliegenden Frankreich doch vor. Durch dieses Abwenden von Frankreich und den engeren Anschluß an die angelsächsische Koalition versprechen sich die maßgebenden italienischen Kreise viel für die Abwehr der immer größer anwachsenden Gefahr einer Revolution und des Bolschewismus.

Sie kommen aber reichlich spät damit, denn heute ist durch die Arbeitslosigkeit und den völligen Mangel an Rohmaterialien und Kohlen und durch eine geschickte Agitation die Stimmung im Volke derart zugespitzt, daß unbedingt mit einem Umsturz gerechnet werden muß. Wie ersichtlich liegt die Stellung der Regierung ist jetzt schon daraus hervor, daß seit Wochen keine italienischen Zeitungen, auch die bürgerlichen nicht, eine Meldung aus dem Abnigs-haus bringen.

Der schleppende Gang der Friedensverhandlungen, der die vom Lande zu bringende Opfer nur täglich vermehrt ohne aber auch eine entsprechende Sicherheit für die Anerkennung der italienischen Ansprüche zu bieten, gibt natürlicherweise Wasser auf die Mühlen der italienischen linken Parteien und wird von diesen auch entsprechend ausgenutzt. Die heute stärker als zu Kriegzeiten gehandhabte Zensur verleiht es zwar dem Ausland die wahre Stimmung des italienischen Volkes verborgen zu halten, an der Tatsache aber, daß der Umsturz in Italien nur noch eine Frage der Zeit ist, vermag sie nichts mehr zu ändern.

### Baderewski in der französischen Kammer.

Paris, 8. April. (W. B.) In der letzten Kammer-Sitzung erwiderte Baderewski auf der Diplomatentribüne, Rouleaux hatte sich auf seinem Abgeordnetenamt einseitigen Deshonore verlor eine Adresse des polnischen Landtags. Die Deputierten brachten unter Hochrufen auf Baderewski eine Kundgebung dar, die dieser dankend entgegennahm. Baderewski kündete an, daß er der polnischen Kammer den Dank der französischen Übermittler werde. Baderewski ist im Namen der Kameraleute diesen Ausführungen an und fügte hinzu: „Wir werden Polen unsere volle Hilfe gewähren für seine endgültige Bestimmung, und wir werden uns dafür verwenden, daß ihm sein volles Recht zuteil werde. Wir betrachten Polen als eine unerlässliche Garantie für einen stabilen Frieden und Rechtszustand in Europa, der nach den Grundrissen des Völkerrechts wieder aufzubauen werden soll. Die Deputierten wandten sich hierauf erneut Baderewski zu, der diese Kundgebung schlicht demotiviert entgegennahm.“

## Die Lage im Reich.

### Der Bankbeamtenstreik.

Berlin, 9. April. (Von unserem Berliner Büro.) Da es der dringende Wunsch der Regierung ist, den für unsere Volkswirtschaft so außerordentlich schädlichen Bankbeamtenstreik so schnell wie möglich zu beenden, haben schon heute vormittag vor dem Reichsarbeitsamt Verhandlungen mit den Streikenden über die jetzt aufgestellten Streikforderungen begonnen. Im Anschluß daran erfahren wir, daß heute eine Sitzung der Direktoren stattfindet, und daß eine gütliche Einigung voranzugehen ist.

### Streik in Erzgebirge.

Delsdorf (Erzgeb.), 8. April. (W.B.) Seit gestern Nachmittag ist die Belegschaft des Lugau-Delsdorfer Kohlenreviers ausständig. Die Streikenden stellen 10 Forderungen auf. Sie verlangen u. a. die Einführung der 7 1/2 stündigen Schichtzeit und die Auszahlung einer Entschädigungssumme, Beilegung der bestehenden Regierung, sozialistische Führung der Bergwerke durch Einsetzung von Betriebsräten, sofortige Jeweilung von reichlichen und billigen Lebensmitteln, Bezahlung aller Streiklöhne. Im Falle des Verlangens des alten Bergarbeiterverbandes soll eine sächsische Bergarbeiterunion begründet werden. Auch im Zwickauer Kohlenrevier wird von kommunistischer Seite eifrig für den Streik agitiert, so daß ein Uebergreifen der Auslandsbewegung auf Zwickau zu befürchten ist.

### Streik in der Zwickauer Metallindustrie.

Zwickau, 8. April. (W. B.) Sämtliche Arbeiter der Zwickauer Metallindustrie sind infolge der Hüttenwerke, etwa 12000 Mann, haben heute die Arbeit niedergelassen. Vor dem Rathaus und der Amtshauptmannschaft versammelten die Hüttenarbeiter eine Kundgebung. Sie forderten Entschädigung für die wochenlange Schwerearbeit, die Erhöhung der Heizkosten auf 250 Gr. und für den Fall der Unmöglichkeit Entschädigung für das fehlende in Hüttenarbeiten.

### Zwickauer des Belagerungszustandes in Württemberg.

Stuttgart, 9. April. Die Staatsregierung erläßt folgende Bekanntmachung:

Die Staatsregierung sieht sich leider nicht in der Lage, den Belagerungszustand heute aufzuheben, da die Sperrmaßnahmen durch ihren Terror die Arbeiterschaft in großen Betrieben wie Bosch, Daimler u. a. auch die des städt. Gaswerks, an der Wiederaufnahme der Arbeit verhindert haben. Die Polizeikräfte sind, abweichend von der bisherigen Anordnung, vom Militärbehörden im Einvernehmen mit der Regierung auf 9 Uhr abends festgesetzt und der Straßenerleucht bis 10 Uhr abends zugewiesen. Das Tragen von Waffen durch Personen, die hierzu von der Regierung oder ihren Behörden nicht ermächtigt sind, ist nach wie vor im Interesse der öffentlichen Sicherheit auf

Grund des § 9b des Belagerungszustandsgesetzes vom Militärbehörden mit Zustimmung der Staatsregierung verboten.

Stuttgart, 7. April 1919.

Die Staatsregierung.

### Streik der Landwirte im Kreise Bensheim.

Darmstadt, 9. April. (W.B.) In der heftigen Volkskammer heute der Ministerpräsident Ulrich mit, daß die Landwirte im Kreise Bensheim in den Ausnahmestellen getreten seien und gestern zu dem angeführten Viehaufruf nicht ein einziges Stück Vieh angetrieben worden sei. Die Stimmung, die dadurch in der Bevölkerung erzeugt worden sei, sei geradezu gefährlich. In den Arbeiterkreisen herrsche eine große Erregung gegen die Landwirte und es seien Gewaltmaßnahmen zu befürchten. Die Folgen könne niemand übersehen. Angelegentlich sei sich der Streik gegen den Viehhandelsverband richten.

### Rücktritt der Sozialisierungskommission.

Berlin, 9. April. (W.B.) Die Sozialisierungskommission hat in einem von Prof. Ernst Franke und Karl Raugly unterzeichneten Schreiben ihren Rücktritt angefordert, weil sie sich von der Regierung übertragen glaubt. Hierzu ist zu bemerken, daß die in den ersten Revolutionstagen eingeleitete Kommission nicht als eine beschließende Körperschaft, sondern lediglich als Studienkommission gedacht war, die die Regierung Gutachten über ihre Tätigkeit zu geben hätte. Die Sozialisten hatten sich von vornherein die Regierung vorbehalten.

Der Grund des Rücktritts ist vor allem in persönlichen Differenzen zu suchen. Die Mitglieder der Kommission hätten sich schließlich als politische Körperschaft, ohne sich nach dem allgemeinen Beirath einordnen zu können. Sie veröffentlichte zuletzt ihr Gutachten, ohne vorher überhaupt eine Begründung mit den Regierungsteilen zu pflegen. Die sachlichen Meinungsverschiedenheiten sind vor allem darin zu suchen, daß es ein Uebing ist, für wirtschaftliche Großaufgaben eine Kommission einzusetzen, ohne die zugehörigen Reflektoren mit der Erledigung dieser Aufgabe gleichzeitig zu beauftragen. Somit war ein Konflikt unumvermeidlich.

Der Rücktritt der Sozialisierungskommission erfolgte auf Grund eines Schreibens des Reichswirtschaftsministers, indem dieser darlegte, daß unter den abzuwägenden Umständen an ein förmliches Zusammenarbeiten mit der Kommission nicht mehr gedacht werden könne.

Das Reichswirtschaftsamt steht auf dem Standpunkte, daß eine wissenschaftliche Kommission durchaus nützlich sei, doch müsse von vornherein eine Begrenzung ihrer Tätigkeit erfolgen.

Magdeburg, 9. April. (Von unserem Berliner Büro.) Heute morgen um 5 Uhr hat der Einmarsch der von dem Reichswirtschaftsminister Roske entsandten Regierungstruppen begonnen. Entschieden Widerstand ist ihnen nicht entgegengekehrt worden, obwohl es mehrfach Schießereien gab. Die Regierungstruppen sind bis ins Zentrum vorgezogen. Sie haben den Domplatz geläubert und die Hauptstraßen besetzt. Unter ihrem Schutz ist der Verkehr der Straßenbahn wieder aufgenommen worden. Trotz der Sperrung auf dem Domplatz dürfen dort die Streikenden ihre Versammlungen abhalten. Sie beschließen abermals, im Anschluss zu verharren, bis Brandes freigelassen sei. Die Versammlung zählte einige Tausend Menschen, die sehr schnell wieder auseinandergingen.

## Der zweite Räte-Kongreß.

Lebdebur. — Magdeburg. — Ansbach.

Berlin, 9. April. (Von unserem Berliner Büro.) Im Räte-Kongreß ging es heute Vormittag demgemäß zu. Den ersten Entschlußpunkt ermedie die Mitteilung des Reichswirtschaftsministers, daß die Regierung die Haftentlassung des Herrn Lebdebur ablehnte. Herr Rosenfeld beantragte, sofort beim Gericht um Uebergebung der ministeriellen Anweisung die Haftentlassung des Herrn Lebdebur zu verlangen. Der ausstehende Antrag, der nur den Brand von neuem schärfen soll, wird auch wirklich angenommen und demnach man bei Magdeburg. Ratschlich ist Herr Brandes ohne alle Schuld. Sie liegt allein bei den Reichsrevolutionären und bei den militärischen Gewaltgebern, heutzutage Räte-Garde genannt. Wieder meißelt sich Herr Rosenfeld mit einem Antrag. Es soll eine Kommission gebildet werden, die sich sofort mit dem Magdeburger Material zum Reichsminister begeben und auf der Stelle Prüfung der Angemessenheit fordern soll. Nach dieser Antrag wird angenommen, dann ist man beim Generalkongreß im Ruhrgebiet. Herr Schmidt, der Ernährungsminister, sprach gegen Brandes, weist ruhig und überzeugend nach, daß, was zu jetzt bei reichlich-wirtschaftlichen Indusriefeldern von den Bergarbeitern gefordert wurde, Sabotage des deutschen Volkes, prüft durch dieses Volk selbst, sei. Ganz ohne Eindruck diesen keine Wohnungen auch nicht. Und als Herr Cohen eine Entschädigung vorlegte, meinte wenigstens die Rätekommission, unter allen Umständen auszuführen sein, hat man das Gefühl, als ob die Mehrheit der Versammlung, lagen wir etwa zwei Drittel, die Rosenfeldigkeit, die Schöchte vor dem Gefahren zu bewahren, auch einfließt.

Aber die Unabhängigen melde sich mit Zusatzfragen. Die Rätekommissionen sollen ausgeführt werden, wenn die Regierung die Forderungen der Arbeiter verbürge. Ein an sich unmöglicher Antrag, denn er öffnet jeder Willkür der Sozialisten die Tür und Thür. Aber den ganz Unentwegten genügt auch das noch nicht und nachdem Herr Koch einer der ganz linkslebenden Führer des Indusriefeldes, seine Bedrohungen für die Bestimmung ausgereicht hat, erscheint ein Zusatzantrag, der die Ausschaffung der Rätekommission an die Bedingung knüpft, daß alle Forderungen der Arbeiter zuvor von der Regierung erfüllt werden. Also unter Umständen auch die Forderung eines einstündigen Normalarbeitstages. Darüber möge dann der Streik hin und her und vergeblich möge Herr Kallist, daß die Versammlung doch kein Diskussionsklub sei.

Ammer neue, durchaus ungeschulte Debattierende melden sich, die sich an die unbedürftlichsten Einzelheiten klammern. Der auch sonst bezüglich unglücklichen Führung dreht die Lösung des Kongresses bloßweisen ganz aus der Hand zu gleiten. Schließlich ist man dann doch so weit, daß das Abstimmungsgeheimnis beginnen kann und nun zeigt es sich, daß diese Versammlung trotz alledem nicht von einem Geistesverfall verfallen ist und daß auch die radikalsten Rätekommissionen nach einem Rest von Verantwortlichkeitsgefühl stehen. Die Entscheidung auf unbedingte Ausschaffung der Rätekommission wird einstimmig angenommen.

## Zur ersten Volksabstimmung.

BPC. Ansbach, 8. April.

Als erster unter den deutschen Bundesstaaten hat Baden seine verfassunggebende Nationalversammlung zusammenberufen; als erste der deutschen Volkservertretungen hat dieses Parlament eine Debatte geschaffen. Die erste Volksabstimmung in Deutschland wird am Sonntag, 13. April, in unserem engeren Vaterlande stattfinden. Bei schon so oft in früheren Zeiten, geht auch im neuen Deutschland Baden führend voran. Die Volksabstimmung



geht um zwei Fragen: 1. Wird die von der Nationalversammlung beschlossene Verfassung genehmigt? 2. Soll die Nationalversammlung als Landtag weiter tagen? Die erste Frage kann von jedem, der die Zeichen der Zeit erkennt, ohne weiteres mit ja beantwortet werden. Denn die Verfassung in ihrer jetzigen Gestalt ist die Frucht einer eingehenden und mühevollen Beratung innerhalb des Verfassungsausschusses und des Plenums der Nationalversammlung. Sie ist die freibleibende Verfassung der Welt. Das Volk ist in weitestem Umfange als Träger der Staatsgewalt anerkannt. Sie macht aus dem neuen Baden den wahren Volksstaat, zudem sich bei den Wahlen die überwiegende Mehrheit des badiischen Volks bekundet hat. Sie hat auch die einstimmige Zustimmung aller Parteien der Nationalversammlung gefunden. Das ist das wertvolle an der Verfassungsarbeit der Nationalversammlung gewesen, daß sie ihr Ziel nicht darin gesehen hat, in die Verfassung einseitige Parteiforderungen zu verankern, sondern daß sie bemüht war, ein Werk zu schaffen, dem schließlich alle Parteien — sie mögen in Einzelheiten anderer Auffassung sein — als Ganzes doch ihre Zustimmung geben konnten. Diese Einmütigkeit seiner parlamentarischen Vertreter gibt auch dem gesamten badiischen Volk die Möglichkeit, sich ebenso einmütig auf den Boden des Verfassungswerkes zu stellen und die Verfassung als ein tragfähiges Fundament für den Neuaufbau des Staatswesens anzusehen. Auch die Frage, ob die Nationalversammlung bis zum Jahre 1921 als Landtag weiter tagen soll, kann mit gutem Gewissen bejaht werden. Das Parlament muß noch eine Anzahl weiterer Gesetze schaffen, die mit der Verfassung in Zusammenhang stehen. Die Gemeinde- und Städteordnung muß reformiert werden, ebenso das Verwaltungsgesetz. Es muß ein neues Schulgesetz geschaffen werden u. a. m. lauter Dinge, die mittelbar mit der Verfassung zusammenhängen und die von demselben Geist durchzogen sein müssen wie die Verfassung selbst. Es liegt daher nahe, daß dieselben Männer und Frauen, die die Verfassung beraten haben, sich auch an diese Arbeit machen und daß sie die Erfahrungen, die sie bei der Verfassungsberatung gesammelt haben, auch diesen weiteren gesetzgeberischen Arbeiten zugute kommen lassen. Alle diese Gesetzwerke bilden einen zusammengehörigen Komplex, der von den gleichen Gesetzgebern gemacht werden sollte.

Es kommen dazu Zweckmäßigkeitsgründe verschiedener Art. Die Gemeindevahlen und die Wahlen zu den Bezirks- und Kreisvertretungen stehen bevor. Auch die Volksabstimmung selbst ist eine Art Wahl. Sie vollzieht sich wenigstens äußerlich an demselben Rahmen. Wahrscheinlich werden dann noch im Laufe dieses Jahres Reichstagswahlen stattfinden und vielleicht wird auch noch die Wahl eines Reichspräsidenten durch das Volk vorgenommen werden müssen. Das ist des Wählers gerade genug und die Befürchtung kann nicht von der Hand gewiesen werden, daß weitere Wahlen eine zu große Wahlmüdigkeit zeitigten, und daß die Wahlbeteiligung in unerwünschtem Grade zurückgehen würde. Auch aus diesem Grunde wird man sich damit einverstanden erklären können, daß die Nationalversammlung, die ja erst im Januar d. J. gewählt wurde, und die die überwiegende Mehrheit des badiischen Volkes hinter sich hat, als Landtag weiter tagt. Nachdem die großen Parteien der Nationalversammlung — Zentrum, Sozialdemokratie und Demokratie — sich mit dieser Lösung der Frage einverstanden erklärt haben, ist nicht daran zu zweifeln, daß auch das badiische Volk sich diesem Beschlusse anschließen wird.

Ueber die Art und Weise der Abstimmung ist in den inzwischen erschienenen amtlichen Bekanntmachungen das Nähere gesagt. Stimmberechtigt sind alle Badener Männer und Frauen, die am 13. April 1919 das 20. Lebensjahr vollendet und im Lande ihren Wohnsitz haben, sofern sie nicht entmündigt sind, nicht unter vorläufiger Vormundschaft stehen und die bürgerlichen Ehrenrechte besitzen. Im übrigen vollzieht sich die Volksabstimmung genau wie eine Wahl. Es werden Listen der Stimmberechtigten aufgestellt und zur öffentlichen Einsicht ausgelegt. Am 11. April, abends 6 Uhr, werden diese abgeschlossen. Es werden amtliche Abstimmungslisten gedruckt und ausgegeben; beide Fragen sind darauf bereits mit Ja beantwortet. Wer etwas mit nein stimmen will, muß das vorgegedruckte Wort „Ja“ durchstreichen und durch das Wort „Nein“ ersetzen. Die Verfassung ist angenommen und die Nationalversammlung gilt als Landtag verlängert, wenn die Mehrheit der Abstimmenden diese Frage mit „Ja“ beantwortet. Am 13. April wird somit das badiische Volk zum erstenmal von dem ihm zustehenden höchsten politischen Recht, dem Recht der unmittelbaren Einwirkung auf die Gesetzgebung Gebrauch machen dürfen. Es ist zu hoffen, daß es durch eine starke Beteiligung an der Abstimmung sich dieses Rechtes würdig erweist, und daß es durch seine Zustimmung zu beiden seiner Entscheidung vorgelegten Fragen sich von dem gefunden politischen Sinn leiten läßt, der es seit langen Jahren ausgezeichnet hat.

### Baden.

#### Der Mannheimer Aktionsauschuß.

welcher vor einiger Zeit aus Delegierten der hiesigen Fabrikbetriebe gebildet wurde, hat sich einmütig auf ein Aktionsprogramm geeinigt, das nach der „Volksstimme“ von der Arbeiterschaft einzelner Fabriken bereits gutgeheißen wurde. Der „Weg der Einigung“ soll in „festem solidarischen Klassenbewußtsein den Zusammenschluß aller arbeitenden Klassen herbeiführen und den Kapitalismus und seinen Helfern ein Ende setzen“. Zu diesem Zweck wurden folgende Forderungen gestellt:

1. Gesetzliche Verantwortung der Arbeiter, Soldaten, Weirieds- und Wirtschaftsdirektoren.
2. Sofortiger Waffenstillstand mit Polen Einleitung politischer und wirtschaftlicher Beziehungen zu der Sowjetregierung Rußlands und Ungarns. b. Auflösung der Freiwilligenkorps und Bildung einer revolutionären Arbeiterwehr.
3. Beschleunigte Verstaatlichung der gesamten Gütererzeugung, der Hüttenwerke, des Großhandels, der Bergwerke, sämtlicher Verkehrseinrichtungen und Schiffahrtsgesellschaften. b. Zu diesem Zwecke ist eine staatliche Sozialisationskommission, bestehend aus Arbeitern, Parlamentariern und Betriebsräten, die auf sozialistischem Boden stehen, einzusetzen, der die Pflicht obliegt, eine sofortige Sozialisierung aller derartigen Betriebe einzuleiten, die zur Stunde reif dazu sind.
4. Restlose Einziehung der Kriegsgewinne und Einziehung aller großen Vermögen bis zu einer Grenze, über die der einzuleitende Finanzgerichtshof zu entscheiden hat. b. Annullierung der Kriegsanleihen, ausgenommen die Zeichnungen von Wägen und Waffen und Zeichnungen kleinerer Beiträge.
5. Sofortige Freilassung sämtlicher nur wegen politischer Vergehen Inhaftierter, jedoch reinen politischen Vergehen monarchistischer Gruppen nicht diesen Schicksal.
6. Auflösung der Arbeiterräte und deren Neuwahl durch die gesamte Arbeiterschaft.
7. Errichtung eines Volksgerichtshofes. Wählung der Richter durch die Arbeiter. Ausdehnung der Laiengerichte. b. Abstellung aller am Ausbruch und an der Fortsetzung des Krieges schuldigen Personen.
8. Trennung von Staat und Kirche. Trennung der Kirche und Schule und Einführung der „Einheitschule“.

9. Errichtung des Reichseinheitsstaates.
10. Jährliche Steuerbewilligung: als Grundlag: Gerechte, kufenweise steigende Einkommen- und Vermögenssteuer zur Bekämpfung aller öffentlichen Ausgaben, soweit diese durch Steuern zu decken sind. Steuerbefreiungspflichten gemäß des Erläuterungsprogramms.
11. Auflösung der Betriebs- und sonstigen Hilfskassen. b. Gründung einer Reichsrentenkasse mit Familienversicherung. c. Gänzliche Übernahme aller bestehenden Unfall- und Altersrenten durch den Staat (Einmal-, Anwarts- und Unfallrenten).
12. Arbeitspflicht für alle Arbeitsfähigen und Festsetzung von Arbeitsstunden. Festsetzung eines Erfindungsbonus für alle ohne eigene Schuld Arbeitsfähigen.
13. Festlegung der Wohnungspreise, Schaffung von Mietwohnungen, Ausbau und gerechte Verteilung der vorhandenen Wohnräume durch Aufteilung der großen Wohnungen bis zu einer Größe, die mit der gegenwärtigen Wohnungsmenge in Einklang steht.
14. Pressefreiheit. Jedoch müssen „unwahre Nachrichten“ an derjenigen Stelle widerrufen werden, wo sie zuvor standen.

Es unterliegt keinem Zweifel, daß ein derartiges Aktionsprogramm für die derzeitige Staats- und Reichsregierung unannehmbar ist.

#### Verhandlungen des Verfassungs- und Haushaltsausschusses.

Y Karlsruhe, 8. April. In der heutigen Sitzung des Verfassungsausschusses der badiischen Nationalversammlung erklärte der Minister des Innern, daß das Staatsministerium beschließen habe, aufgrund der ihm zustehenden Befugnisse im Verordnungswege den 1. Mai als Feiertag im Sinne der Landesbehörden Verordnung, die weltliche Feiertage der Sonn- und Feiertage betreffend, zu erklären. Der sozialdemokratische Vorschlag über die Feier des 1. Mai wurde daraufhin zurückgezogen. Der Verfassungsausschuß beschäftigte sich in fortgesetzter Beratung weiter mit dem Gesetzentwurf, betreffend die Veränderung des Gesetzes vom 5. Juli 1917 über den Verkehr mit Grundstücken in der Kriegs- und Vorkriegszeit (Sperrgesetz). Zu einer Zustimmung kam es noch nicht. Es soll zunächst den fraktionellen Beschlüssen nachzugehen werden, zu einem sozialdemokratischen Änderungsantrag Stellung zu nehmen, der folgenden Wortlaut hat: 1. Zur Wirksamkeit der Veränderung von landwirtschaftlichen Grundstücken ist in jedem Falle die Genehmigung des Bezirksamtes erforderlich. 2. Die bezirksamtliche Genehmigung zur Veränderung von Grundstücken ist ebenfalls erforderlich für bebaut oder ungebaut Grundstücke, die im Bereiche eines endgültig festgestellten Ortsbebauungsplanes liegen. Bei jeder Veränderung von Grundstücken haben die Gemeinden oder die durch Regierungsvorordnung bestimmten gemeinnützigen Unternehmungen das Vorkaufsrecht. — Nächste Sitzung voraussichtlich 9 Uhr.

Y Karlsruhe, 8. April. Im Haushaltsausschuß der badiischen Nationalversammlung wurde heute über den 3. Nachtrag zum Staatshaushalt für 1918 und 1919 beraten. Die angedeuteten Mittel und zwar für Hochbauten der Betriebsanstalten 218 000 M. und für Teillieferungen für neue Bahnen 4 550 000 M., für bestehende Bahnen 1 135 400 M., für die Erweiterung von Stationen 6 000 000 M., für Werkstättenanlagen 941 000 M., für staatliche Kraftmaschinenlinien (weiterer Fortbau) 1 100 000 M., für die Klein-Redarabahn 800 000 M., zusammen 14 927 400 M., ebenso die Einnahmen mit 277 000 M. wurden genehmigt. Es handelt sich dabei zum Teil um Rüstungsarbeiten. Bei den Anforderungen mußten leider durchwegs größere Ueberläufungen der früheren Voranschläge festzustellen werden und die Neuerung wurde in einzelnen Fällen erlaubt durch Einholung von weiteren Angebots etwaigen Ueberforderungen entgegenzuwirken.

## Letzte Meldungen.

### Das Rhein-Problem.

Paris, 8. April. (Reuter.) Die Kommission, die zur Untersuchung der Frage der internationalen Gebiete, Häfen, Wasserwege und Eisenbahnen eingesetzt wurde, beendete ihren Bericht für die Friedenskonferenz, der die Befugnisse und Beschränkungen behandelt, welche nach den Vorschlägen der Kommission den Verbindungsweegen in den feindlichen Ländern auferlegt werden sollen, um den neugegründeten Staaten in Mitteleuropa einen Zugang zur See und freie Durchfuhr und freien Verkehr durch Deutschland und Oesterreich zu sichern.

Die Vorschläge bezüglich des Rheins enthalten den Beitritt Frankreichs und der Schweiz sowie einiger nicht zu dem Fluß gelegener Staaten zu dem bestehenden Rheinvertrag. Die Vorschläge betreffen auch Deutschland und Holland. Der Bericht empfiehlt ferner, daß Deutschland im Friedensvertrag die Verpflichtung auferlegt werde, die freie Zone im Hamburger Hafen und in den anderen Häfen unbeschränkt bestehen zu lassen.

### Amerikanische Friedenskommission in Helsingfors.

Y Berlin, 9. April. (Von unserem Berliner Büro.) Einer Delegation von Helsingfors zufolge ist dort eine amerikanische Friedenskommission angekommen, die zur Erweiterung der Tätigkeit der Friedenskommission der Vereinigten Staaten in Paris in Finnland und im Baltikum wirken soll. Zu diesem Zweck sind 2 Spezialkommissionen, die aus amerikanischen Offizieren bestehen, gebildet worden, die Finnland, Estland und Litauen bereisen sollen, um die dortigen politischen, wirtschaftlichen und militärischen Verhältnisse zu studieren. Diese Kommission wird in engem Zusammenhang mit der amerikanischen Lebensmittellieferungskommission wirken, die unter Leitung von Major Heath ihre Tätigkeit in Finnland begonnen hat.

### Saarbrücken. — Wilhelm II.

Paris, 9. April. (W. B.) Diplomatischer Situationsbericht. In den letzten Dienstaussagen wurde die politische und administrative Lösung der Frage des Saarlandes erörtert. Zu einem endgültigen Beschlusse kam man nicht. Der Kooperationsvertrag wurde nicht behandelt. Die Verantwortlichkeit der britischen und französischen Delegierten in der Anerkennung der Schuld Wilhelm II. und in der Forderung nach der Auslieferung und Verurteilung vor einem internationalen Gerichtshof ist ein. Die amerikanischen Delegierten erkennen die Schuld des früheren Kaisers an, erblicken jedoch keine rechtliche Möglichkeit zu seiner Verurteilung. Man erblickt einen Ausgleich zwischen den beiden Auffassungen.

### England und der Bolschewismus.

Amsterdam, 8. April. (W. B.) Der „Telegraf“ meldet aus London: Während die Abendblätter einen amtlichen Aufruf enthalten, der zur Teilnahme an dem Kampf in Nordrußland auffordert, will Oberst Wedgwood am Abend im Unterhaus den Antrag stellen, die englischen Truppen aus Rußland zurückzuziehen und mit der jetzigen russischen Regierung Frieden zu schließen und die Blockade aufzuheben.

„Star“ unterstützt diesen Antrag und schreibt: Wir haben genug Krieg gehabt. „Daily Telegraph“ veröffentlicht einen langen Bericht über die Lage in Rußland, der mit den ungarischen Bolschewistenführern sprach. Diese broden damit, daß sie bald ein Heer von 2 Millionen Mann zusammen haben und damit Europa beherrschen werden. Sie sind der Ansicht, daß England und Frankreich zu dem Kampf nicht mehr fähig seien.

### Cottin zu 10 Jahren Zuchthaus begnadigt.

Paris, 8. April. (Reuter.) Poincare wandte auf den Bericht Clemenceaus hin die gegen Cottin verhängte Todesstrafe in eine 10jährige Zuchthausstrafe um.

### Die Lage in Kappien.

London, 8. April. (Reuter.) In Erwiderung auf eine Anfrage über die Lage in Kappien (siehe Harnsworth, General Wenden) erklärte eine Profamotion, daß die Ordnung größtenteils wieder hergestellt sei. Harnsworth fügte hinzu, es verlautet, daß das

Ministerium in der Bildung begriffen sei und, daß, sobald der schon zweimal von der britischen Regierung erlassenen Einladung, England einen Besuch abzustatten werde.

### Vorsichtsmassregeln in Berlin.

Y Berlin, 9. April. (Von unserem Berliner Büro.) Bei der Regierung waren bekanntlich Meldungen eingelaufen, daß von gewisser Seite den im Rätekongreß und in verschiedenen Versammlungen erhobenen Forderungen durch Demonstrationen ein gewisser Nachdruck gegeben werden sollte. Um nun die ungedeckte Arbeit sowohl im Rätekongreß als auch im Landtag zu sichern, waren für heute Vormittag große Absperrungsmaßregeln vorgezogen. Das Amtsviertel war abgeperrt. Sämtliche Straßenbahnen von diesen Bezirken mußten umgeleitet werden. Auch die Hochbahn war zu Beschränkungen des Betriebes gezwungen. Als sich jedoch herausstellte, daß die Ruhe nirgends gestört wurde, wurden die Absperrungsmaßregeln gelockert.

### Der Staatsgerichtshof.

Y Berlin, 9. April. (Von unserem Berliner Büro.) Das Kabinett hat den Beschlusse über den Staatsgerichtshof endgültig durchgelesen. Die Beschlusse wird heute, spätestens morgen dem Staatsauschuß zur Weitergabe an die Nationalversammlung überreicht werden.

### Blutige Zusammenstöße in Magdeburg.

Magdeburg, 9. April. (W. B.) Letzte Nacht kam es hier zu blutigen Zusammenstößen. Eine große Volksmenge verlor die „Volksstimme“ zu räumen. Es entspann sich ein heftiges Feuergefecht, in dessen Verlauf die Menge stieben mußte. Es gab einen Toten und mehrere Verwundete. Auch vor der Hauptpost kam es zu Schießereien. Heute sind die ersten Regierungstruppen hier eingetroffen. Der Streik wird noch fortgesetzt.

### Sozialisierung der Raliproduktion.

Weimar, 9. April. (Von unv. Bert. Büro.) In der gestrigen Sitzung des Kabinetts ist auch über die Frage des Ralipreises beraten worden. Es hat sich herausgestellt, daß eine Erhöhung des Ralipreises unbedingt notwendig ist. In dessen will man die Sozialisierung der Raliproduktion durchführen. Der Gesetzentwurf, der heute dem Staatsauschuß zur Beratung zugeht, entspricht in allen Punkten dem Gesetzentwurf über die Sozialisierung der Rohlenwirtschaften.

### Der 1. Mai.

Weimar, 8. April. (W. B.) Die sozialdemokratische Fraktion der Nationalversammlung hat am Dienstag abend beschlossen, dafür einzutreten, daß der 1. Mai 1919 als Nationalfeiertag anerkannt und als Feiertag in 1. Mai aufgestellt wird: 1. Die Heimkehr der noch in Deutschland befindlichen russischen Kriegsgefangenen, 2. die Forderung der Entlassung aller deutschen und sonstigen Kriegsgefangenen in den Ländern der Entente.

Y Paris, 9. April. (W. B.) Die unterm 28. 3 aus Omsk gemeldet wird, haben die Bolschewiken den Eisenbahnenverkehr zwischen Buzima und Simbirsk eingestellt, da an ihrer Front ein Aufstand ausgebrochen ist.

## Handel und Industrie.

### Frankfurter Wespapierbörsen.

Frankfurt, 9. April. (Fr.-Tel.) Zu Beginn des heutigen Börsenverkehrs machte sich reges Geschäftsbühen in Auslandsaktien bemerkbar. Der außerordentlich blühende Geldmarkt gab auf diesen Gebieten zu Käufen Anlaß. Petroleumaktien wurden ansehnlich höher bewertet, besonders die Steams Romana und Deutsch-Petroleum. Die Aktien der Canada-Bahn stiegen um 6%. Nachfrage bei erhöhten Kurse war kennbar für Baltimore-Ohio, Prinz Heinrich lag befestigt. Desgleichen stand Schantung in regerem Verkehr, Lombarden dagegen vornehmlich mit 18 — 19. Unter den Kolonialwerten wurden Ostindienaktien höher umsetzt. Wesentlich ruhiger ging es auf den übrigen Märkten zu. Die Kursbewegung der Montanpapiere war sehr bescheiden und die kurzfristige Tendenz schwächer. Der Rückgang der Adlerwerke Kleyer an der gestrigen Abendbörse machte keine wesentlichen Fortschritte. Der Kurs stellte sich unverändert 215. Daimler eröffneten 2 1/2 niedriger (211 1/2). Fahrzeug Eisenach waren angeboten. Aus der Gesamtstanzung gänzlich herausziehen chemische Aktien welche kaum beachtet wurden. Auch in Eicktröwen blieb der Kurs ziemlich behauptet. Schwächer gingen Schiffahrtsaktien um. Am Marke der Werte mit Einheitskurs war die Tendenz behauptet. Heimische Bankaktien wurden durch den Banknotenstreik ungünstig beeinflusst. Auf dem Rentenmarkt blieb die Kursbewegung bescheiden. Kriegsanleihen 83.40. Auch im weiteren Verlaufe blieb der Hauptverkehr auf einzelnen Spezialpapieren beschränkt. Es bewegten sich Stears Romana von 315 bis 326; Prinz Heinrich 216. Die übrigen Gebiete blieben vernachlässigt. Schantung stiegen 144—152. Privatdiskont 3 1/2%.

### Berliner Wespapierbörsen.

Berlin, 9. April. Das vollkommen Neue und Ueber-raschende im Bankgewerbe, nämlich der Streik der Berliner Großbankangestellten, machte sich an der Börse insofern geltend, als die betroffenen Banken, Commerz- und Diskontobank, Diskont- und Dresdner Bank, sowie die Darmstädter Bank und die Mitteldutsche Kreditbank keine Börsennotierungen ausführen, und die Nationalbank, wo das Personal zurzeit über eine Streikbeteiligung abstimmt, dies wegen Abwesenheit der dadurch abgeordneten Beamten nicht konnte. Nur die Deutsche Bank und die Berliner Handelsgesellschaft arbeiteten wie gewöhnlich. Die sonst von geschäftlichen Angestellten und Maklern umringten Tische dieser sechs Großbanken sind vollkommen verwaist. Dies bildete das äußere Merkmal der Streikbewegung. Die Grundstimmung blieb jedoch im Zusammenhang mit der fortgesetzten Entwertung der deutschen Valuta und der dadurch hervorgerufenen stürzenden Kaufkraft für die ausländischen Aktienwerte fest. Türkische Tabak und Stears Romana stiegen 20%, Canada 10% und die übrigen gleichartigen Werte 5—6%. Die übrigen Gebiete lagen stiller. Schiffahrts- und Montanwerte notierten bis 2 Punkte höher, mit Ausnahme der Oberschlesischen Werte, für welche die Auktionen einer nur 5% Dividende für die Aktien der Oberschlesischen Eisenbahnbedeutung stark verstimmt, deren Kurs 7% wich. Kolonialwerte waren ruhig bei weiter erhöhten Kursen. Die übrigen Marktgebiete lagen still und nicht einheitlich. Kriegsanleihen notierten 83%. Alle Anleihen waren etwas gebessert. Oesterreichische alte Renten laut, ungarische dagegen sehr still.

### Berlin, 9. April. (Devisenmarkt.)

Auszahlungen für:

	Geld	Brief	Geld	Brief
Konstantinopel . . . . .	472.00	472.50	482.00	482.50
Dänemark 100 Kronen . . . . .	289.00	289.50	295.00	295.50
Schweden 100 Kronen . . . . .	309.75	310.25	314.75	315.25
Norwegen 100 Kronen . . . . .	299.75	300.25	304.75	305.25
Schweiz 100 Franken . . . . .	233.75	234.00	238.75	239.00
Oest.-Ungarn 100 Kronen . . . . .	44.90	45.05	44.95	45.05
Spanien . . . . .	173.00	174.00	176.00	177.00
Bulgarien 100 Leva . . . . .	109.75	110.25	112.75	113.25
Helsingfors . . . . .	109.75	110.25	112.75	113.25

Höhere Preise am ostdeutschen Zinkblechmarkt. Auf Grund der Preiserhöhung des Zinkblechverbandes erhöhte nun auch die Süddeutsche Zinkblechhändlervereinigung mit Wirkung vom 1. April ab den Zinkblechgrundpreis um M. 26.25 pro 100 Kilo.



### Aus Stadt und Land. Die Bekämpfung des Schleichhandels.

Der Fahndungsabteilung des badiischen Kriegswachbataillons in Karlsruhe wurden in der zweiten Hälfte des Monats März 500 Rechnungen über Lebensmittelsmuggel und Kettenhandel erlassen; in 732 Fällen wurden von den Organen der Fahndungsabteilung unerschützt erwerbene Lebensmittel beschlagnahmt. Unter den Beschlagnahmen sind besonders bemerkenswert: je ein Fass mit 74 Zentner Hülsenfrüchten, 200 Zentner Schokolade, 100 Ztr. Dörrobst, 500 Ztr. Kartoffeln, 300 Zentner Kartoffeln, 1 Kiste Vanille, 900 Liter Wein, der ohne Erlaubnis ausgeführt werden sollte, außerdem mehrere größere Mengen Fleisch, Wein und sonstige Lebensmittel (im ganzen Monats März u. a. 1400 Liter Wein, 170 Pfund Fleisch und Speck, 12 Zentner Fett, 235 Ztr. Weizen und Getreide, 550 Liter Spiritus, 300 Liter Branntwein, 55 Ztr. Tabak). Bei Verfolgung des wilden Kustoufs von Karstoseln (besonders im Tauberggrund) wurden, obgleich keine Mengen durchgehoben wurden, große Mengen erlöhnt. Weiterhin konnte die Fahndungsabteilung 9 Gelegenheitsverkäufe aufklären. Festgenommen wurden wegen Schleichhandels mit Fleisch und Weinstockung: Franz Weber von Durlach, Josef Kraus von Durlach, Josef Dörmer von Karlsruhe, Hermann und Karl Bull von Durlach, wegen Schleichhandels mit Branntwein; Hermann Heintemann von Ufen, Roman Schott u. Mariäde Hamm von Wrobach und Lina Schmitt von Gemmingen, wegen Tabakschleichhandels oder Kettenhandels mit Zigarren; Willi Herzog von Karlsruhe, Karl Wally von Stöffel, Alfred Schaeffer von Chemnitz und Moritz Wertheimer von Bretten.

**\* Zur Vollstufung.** In Anbetracht der Neuheit der Vollstufung und ihrer Tragweite werden auf Anordnung der Regierung in jeder Gemeinde am Vorabend (12. April) unter Beteiligung der örtlichen Versammlungen abgehalten, in denen die Wichtigkeit der Vollstufung hervorzuheben ist. Da der 13. April 1919 der Tag der ersten Vollstufung in Deutschland ist, wird man ihn nach Möglichkeit auch durch überhöchste Festhaltung seiner Bedeutung Ausdruck geben.

**\* Keine Familienunterstützung.** Nach der „Karlsruh. Zig.“ werden die Angehörigen der freiwillig bei einem Truppenzuge wieder eingetretenen Mannschaften, sofern es sich nicht um den Grenzschutz Ost oder die militärischen Kommandobehörden unterstellten Sicherheitstruppen handelt, kein Anspruch auf gesetzliche Familienunterstützung erheben, da die Wiedererwerbenden als freie Arbeiter betrachtet werden. Die badiischen Freiwilligenformationen sind als militärischen Kommandobehörden unterstellte Sicherheitstruppen anzusehen.

**\* Die Staatsprüfung für das höhere Lehramt.** Meldungen zu der im Frühjahr 1920 abzuschließenden Prüfung für das höhere Lehramt sind spätestens bis zum 15. Mai beim Ministerium des Kultus und Unterrichts einzureichen.

**\* Die Stadt. Ausschüsse haben in einer gestern abend stattgefundenen Versammlung eine Entschließung angenommen, die die möglichst baldige Einführung der durchgehenden Arbeitszeit fordert und gleichzeitig dem Stadtrat bis Montag, den 14. April, vormitags 10 Uhr, Frist zur Entscheidung gibt. Bei ablehnender Haltung des Stadtraats wollen die Ausschüsse unter der durchgehenden Arbeitszeit von halb 8 Uhr bis 3 Uhr von Dienstag, den 15. April ab selbstständig einführen. Das weitere wurde einstimmig eine Entschließung angenommen und dem Stadtrat zur Kenntnis gebracht, daß die Beamten eines mindestens 14tägigen Urlaub beurlauben, bei dessen Eintritt ein Monatsgehalt als Erhaltungsbetrag gewährt werden soll.**

**Polizeibericht vom 2. April (Schluß).**  
**\* Epileptischer Anfall.** Ein 24 Jahre alter, lediger Tagelöhner von hier erlitt gestern nachmittags auf der Straße zwischen B 7 und B 3 einen epileptischen Anfall, von dem er sich bald wieder erholte.

**Beschlagnahme von Heeresgut.** Anlässlich der in den letzten Tagen hier vorgenommenen Durchsuchungen des Heeresguts wurden beschlagnahmt: 2 Gewehre, ein Karabiner, 1 Revolver, 13 Seitengewehre, 2 Tourmiller, 2 Helme, 2 Leibkissen, 3 Kosmosen, 7 Patronenstaschen, 357 Patronen, 1 Fernglas, 1 Kochgeschirr, 1 Zergerol und eine Filigranboxe.

**Unbekannter Stillschmittverbrecher.** Der nachbeschriebene, noch unbekannt Stillschmittverbrecher lockte im Laufe der letzten drei Wochen in der Nähe des Rheinamms und bei der Weindstraße kleine Kinder (Mädchen) an sich und hat teilweise in ständiger Hinsicht verprochen. Beschreibung: Alter zwischen 25 und 30 Jahre, mittelgroß, kräftig, lüdes Gesicht, rote Baden, englisch gestricheltes Schnurrbart, trägt gelblich schwarzen, weichen und auch weihgrauen Filz hat, der Länge nach eingedrückt, einmal schwarze Kappmütze, ledernes Handtuch und ledernes lebrunes Gamaschen. Meistens führte er ein Fahrrad bei sich. Am wahrscheinlichsten Mittelstellung erweist die Schammaschleife.

**Hühnerdiebstahl.** Auf dem spärlichen Acker der Gemarkung Einheim wurde gestern von der Schutzmannschaft hier in den Wohnungen zweier Hühnerhalterinnen von Karsten bezogen. Heubund wegen Hühnerdiebstahl durchsuchungen vorgenommen. In beiden Wohnungen wurden dabei 10 Stück bei der ersten und 10 Stück bei der zweiten abgeholt. Die beiden Frauen werden in der nächsten Zeit abgeführt werden, da sie offenbar von einem in Deutschland verurteilten Diebstahl betroffen sind. Die beiden Frauen wurden in Haft genommen.

**Verhaftet wurden 3 Personen wegen verdächtigem strafbarer Handlungen, darunter ein Kaufmann von Sölling wegen Kettenhandels mit Zigarren, Behrns und Aufwandsaufschlag, ein Schmied von Reichelsheim wegen Bombenverbrechen und Diebstahl, ein Schmied von hier wegen erwerbten Diebstahl und eine Fabrikarbeiterin von Fuchsheim wegen Betrugs und Kettenhandels.**

### Aus Ludwigshafen.

**\* Ausstand.** Das gesamte kaufmännische Personal der Badischen Kalk- und Sodafabrik ist heute mittags um 12 Uhr infolge Nichtbewilligung der bei der Direktion eingereichten Forderungen in den Ausstand getreten. Es wird u. a. ein Gehaltsumschlag von 1000 M. für Badische und 1500 M. für Verarbeitete verlangt. Die kaufmännischen Angestellten der Firma Gullik Knoll und Wendler sind zur Unterstützung der Bewegung in den Symptombestreit eingetreten.

### Aus dem Lande.

**\* Weinhahn.** 7. April. Gestern wurden hier 229 evangelische Kinder konfirmiert, und zwar 122 Knaben und 107 Mädchen. — Heute begeht Kommerzienrat Hilbrand seinen 80. Geburtstag.

**\* Durlach.** 8. April. Hier wurden zwei Kaufleute aus Karlsruhe wegen Sachcharinsschuggels verhaftet. 16 Mio Sachcharin wurden bei ihnen beschlagnahmt. Inhabelend sind die beiden Verhafteten Angehörige einer größeren Sachcharinsschuggelgesellschaft.

**\* Baden-Baden.** 8. April. Die Stadt Glogau verlor die hier im hohen Alter lebende Dichterin Ulrike von Puffamer, der Witwe des früheren reichslothringischen Staatssekretärs, des Ehrenbürgerrecht. Frau von Puffamer stammt aus Glogau.

**\* Konstanz.** 9. April. Die „Konst. Zig.“ schreibt: „Geheimnisvoll sind seine Wege, o Herr! Das Väterwort löst sich ganz auf anzuführen auf einen Haß, der sich in der Nacht vom Sonntag auf Montag hier ereignete. Er war zwischen 3 und 4 Uhr, in stiller vom Wunde umschlossener Nacht. Der Abströmten Nost in seiner trüben Anwesenheit wehrte. Doch der Wächter des Stromes an der Grenze tat keinen Dienst. Und gewissermaßen. Er lag mit seinem Beute still am rechten Ufer vor dem Gebäude der Stromerfischen Behrnt. Blühlich geht oben ein Fenster und ein leises „Wit“ wie ihn drean. Als er direkt unter dem Fenster anwesend hatte, wurde ein Pafel an einer Schnur herabgelassen. Der trise

Wächter barg den Sach in seinem Boot und wartete, bis er abgeholt wurde. Gewissenhaft, wie es eines deutschen Soldaten Pflicht ist, vor der Revolution war, kehrte er am nächsten Morgen kein geheimnisvolles Pafel ab. Als man es öffnete, fanden sich wohl vermerkt 146 700 Mark in Wertpapieren aller Art darin. Offenbar hatte der eigentliche Empfänger des wertvollen Schatzes infolge des dort fahrenden Grenzschutzes nicht herankommen können und am Fenster oben hatte man den Pafel nicht erkannt. Auf diese Weise hat sich der Glogau. Dem noch habenden Soldaten werden, wie immer, 10 Prozent der ermittelten Summe zugeteilt und er erhält damit den wohlverdienten Lohn von 14 670 Mark. Er wird es nicht brauchen können. Der der Verantwortliche des mißbrauchten Schmuggels war, konnte bislang noch nicht festgestellt werden.

### Dfais, Haffen und Umgebung.

**\* Frankfurt a. M.** 8. April. Nach den vorläufigen Ergebnissen der Ermordung des Kaisers hat sich die Ermordung des Kaisers immer mehr als ein Akt furchtbarer Grausamkeit und furchterlicher Mord dar. Rosel wurde auf seiner Wunde vom Rücken vor der Maxim-Bor an der Zeit, dem Jahrsgehalt einsehelt und von drei Personen, deren eine als der „Junge Schärch“ ermittelt wurde, mit Messertischen und Gemeinheitsbeschlüssen erschossen zugeteilt. Bei diesen Mordhandlungen schied sich auch die weite Wunde mit einem Sird aufzulängen für die. Der Verurteilte ist noch nicht ermittelt. Lann schloste, man Rosel unter fortwährenden Mordhandlungen durch die Fahndung an den Main. Hier wurde er von dem bereits verhafteten Gök mit einer übernatürlichen Substanz und dem taubstummen Conrobi mit Messern bearbeitet. Selbst durch die kniefällige Bitte Rosels, man solle ihn doch um seines Wortes und Kindes willen verhaften, stehen sich, wie Jemand protokolliert festlegen ließen, die Bestien nicht erweichen. Dann warf man das Opfer, nachdem man ihm die Karte über den Kopf gehölpt hatte, ins Wasser. Bei dem Gök fand man in der Wohnung nach den blutbeschudeten Körper vor, zugleich aber auch eine Riesensmenge geprüdelter Waren. Am Samstag abend verhaftete man als weiteren Wächter den ehemaligen Kaiserlichen Jäger, der bereits ein volles Gefändnis absteckt. — Der Schaden, den einzelne Firmen durch die Pfländerungen erlitten haben, ist sehr beträchtlich. Der Firma Fuchslander ist ein Schaden von 200 000 M., Schepeler und dem „Frankfurter Hol“ ein solcher von je 300 000 M. erwachsen.

### National-Theater Mannheim.

**Spielplan.**  
Für die frühe Wirkung der Musik ist das Jetzmal entscheidend. Alle unsere Vorkter waren daher sehr empfänglich gegen falsche Tempel, und die Dramatische Stud, Mozart, Weber und Wagner ebendrei. In der Oper hat nämlich das Tempo eine höhere Bedeutung im Drama, das richtige Tempo gibt Sängern und Spielern den richtigen Vortrag, „fast von selbst“ an die Hand. Sent Richard Wagner in seiner Schrift über das Dirigieren (1869). Da wir nun gestern in allen Wesentlichen die Barrenreihe Tempel von 1878 hatten, so ergab sich die überraschende frühe Gesamtwirkung, die wir mit Herrn Fests Rederer verstanden. Er hatte die nötige Musikgefühl und leitete alles mit Licht Hand; auch das Orchester hatte (wenn wir dem ersten Trompeter gewisse hohe Noten nachsehen wollen), seinen guten Abend, und das Publikum nicht minder. Die Rückwirkung auf die einzelnen Mitglieder unserer Oper war denn auch von Anfang an sichtbar; es gelang alles recht erfrischlich. — Neu war ein Ausstellungs-Mine. Herr Hermann Schramm vom Frankfurter Opernhaus, bekannt als gefeierter Charakteristiker. Er führte sich glänzend ein und wurde nach beiden Ufischlüssen zugleich mit den Herren Günther Braun und Bahling durch mächtigen Beifall gelobt.  
A. H.  
— (Theaterkulturrerband.) Die nächste Veranstaltung des Theaterkulturrerbandes ist ein Festsabend, der am Mittwoch, 23. April im Saale der Harmonie stattfindet.

### Offene Stellen

#### Wir suchen für unsere Leber-, Unfall-, Haftpflicht-Abteilung einen tüchtigen Reise-Inspektor

gegen festes Gehalt, Spesen u. Provision. Bewerber, welche schon mit Erfolg in der Branche tätig waren, erhalten den Vorrang, jedoch können auch Herren, insbesondere Kriegs-Angehörige, die gute Beziehungen zu Industrie, Handel und Landwirtschaft besitzen, berücksichtigt und eventuell für die Neuleistungszeit berücksichtigt werden. Angebote mit Lebenslauf sind einzureichen an die

**Generalagentur der Thuringia, Mannheim, P 5, 1.**

#### Buchhalter (in)

bilanzstcher für Restauration in Baden-Baden sofort gesucht. Bewerber erhält freie Station im Hause. Zuschriften mit Zeugnisabschriften u. Referenz. unt. L. N. 104 an d. Geschäftsstelle. 410

#### Stadtreisender

mit d. Büroanrichtungsbranche vertraut, sofort oder später gesucht. Off. Angebote mit Bild, Zeugnisabschriften und Angabe der Gehaltsansprüche unter U. N. 940 an Ewald Rosse, Mannheim. 230

#### la. Verkäuferin

zur Leitung eines Zigarettengechäftes gesucht. Rawlen erforderlich. Angebote unter O. W. 73 an die Geschäftsstelle. 410

#### Erste Verkäuferin

mit der Möbelbranche vertraut, für 1. Juni oder früher gesucht. Angebote mit Bild, Zeugnisabschriften und Angabe der Gehaltsansprüche unter V. N. 841 an Rudolf Rosse, Mannheim. 230

#### Spielfwaren

haben wir: branchekundige l. Verkäuferin

die auch im Einkauf bewandert ist. Sündenlose Bewerbungen mit Bild, Zeugnisabschriften und Gehaltsansprüchen.

**Warenhaus Kander G. m. b. H. Mannheim.**

#### Lehrling

aus achtbarer Familie mit guten Zeugnissen für Eisen- u. Metallwarenhandlung gef. Angebote unter M. N. 188 an die Geschäftsstelle. 450

#### Intelligenter Junge

mit technischem Talent, der das Geometrie-handwerk erlernen möchte, zum baldigen Eintritt gesucht. 625  
Stempelhabet Richard Belli O 5, 1.

#### Schmiede-Lehrling

für Wagnerebau gesucht. 21544 St. Eppe, O 7, 27.

#### Laufmädchen gesucht

für besseres Kolonialwaren- und Delikatessen-Geschäft  
siehe eine tüchtige Verkäuferin.

King mit Zeugnisabschrift, Gehaltsansprüchen und Bild unter N. K. 36 an die Geschäftsstelle da. St. 21293

#### Putz-Verkäuferin

etwa 25 Jahre alt  
J. Tauber Nachf.

#### Mädchen für Kaffeeküche

und Hausarbeiten gef. gesucht.  
D. Wellenruther D 1, 13, 21341

#### Ordentl. fleißig. Putzfrau

illustriert gesucht. Dauerleistung. Gehalt 8. 21325

#### Bürofräulein

bewandert in Stenographie und Maschinen-schreiben, zum sofortigen Eintritt gefucht. Vorzuzustellen bei 401  
H. & P. Veiter Schwepfingerstraße 22.

#### Alleinmädchen

welches lohn kann, zu zwei Verloren für 1. Mai gefucht  
Richard Wagnerstr. 4. port.  
Mehrere Lehrlingmädchen  
für seine Damenkleidergefucht.  
13116  
R 7, 34, 1 Treppe links.  
Tüchtiges braves Mädchen  
das auch lohn kann, tagsüber zu 2 Verloren gefucht.  
Maris, U 6, 11, 4 Tc.

#### Alleinmädchen

zu kleiner Familie gefucht.  
Friedberger, N 7, 2b, 227

#### Saubere ehrl. Monatsfrau

für täglich 2 Stunden gefucht.  
gehört. Mädchen noch Hans Kolonialart. 19, 11. r.  
Monatsfrau gefucht. 21294 C 4, 17, 11.  
Ordn. Samstag nachmitt. wird eine 21301

#### Putzfrau zum Büoreinigen

für 2-3 Stunden gefucht.  
Locher & Breidenbach, Rammerstr. 42 7. 24.

#### Putzfrau

gefucht für Freitags u. Sonntags um gute Bezahlung, um Beer, Richard Wagnerstr. 12.

#### Fleißiges Mädchen

wegen Verheiratet des letzten für 1. oder 13. Mai gefucht.  
Wolffsdirektor Heller, U 6, 12, 21370

#### Schulenti. Mädchen

die leichte Hausarbeit bei gut. Gehalt. tel. gefucht. 21332  
Orb. F. 1, 18.  
Junges sauberes 21335

#### Mädchen

zum Haushalten in der Küche gefucht. Zu erfragen  
L. A. S. parterre.

#### Stellen-Gesuche.

#### Zahn-techniker

sucht in guter Zahnklinik-praxis als  
**Volontär**  
einzutreten. Gef. Angebote unter O. L. 26 an die Geschäftsstelle da. St. 21274

#### Volontär

Junge Kriegsmann mit einem Jahr. Mädchen sucht Stelle als Haushälterin.  
Angeb. unter O. T. 70 an die Geschäftsstelle. 21322

#### Verkäufe.

#### Gutgehnd. Hotel

mit 20 Zimmern in vornehmer Lage im Margial (Baden) samt Baugrund solt zu verkaufen. Angebote unt. M. V. 196 an die Geschäftsstelle da. St. 21322

#### Wohnhaus mit Laden

und 2 Zimmerwohnungen in der Unterstadt, sowie vortellhaftes Wohnhaus mit 3 und 4 Zimmerwohnungen auf dem Weidenfeld unmittelbar gegenüber der Hauptstraße zu verkaufen. Angeb. unt. M. U. 195 an die Geschäftsstelle. d. St. 21303

#### Einzigste Kapitalanlage

Im Zentrum der Stadt ist umständlicher ein neuwertiges Haus mit Elektrizität, Gas, Wasser, sehr gut rentierend, sehr preiswert zu verkaufen. Angebote unter P. A. 77 an die Geschäftsstelle. 21363

#### Beb. Grundstück

(rund 1000 qm) in ge. Wohnort Berar, 20 Min. o. Gierbich, mod. herrsch. Wohnhaus m. 9 Z., ger. Kichen-Anstalten, alle neu u. meist, zu kaufen, wie inbaur. Preis 8000 M. eignet s. sehr. Preis 6000 M. da. Markt. Kol. u. N. 8. 6907 an D. Frenz, Am. Gred., Halle.

#### Reiseschreibmaschine

Schönen Bückensdorfer, letzteres Schrift. 21322

#### 600 Metallfadenlampen

mit Metallfäden hierauf Schnellspannung billig zu verkaufen.  
Adolf Ludwig  
Bärenbau-Telephon 7664.

#### Federrolle

50 bis 60 Ztr. Tragkraft eine Rolle eine Handwagen. 50 Ztr. Tragkraft zu verkaufen.  
21343 O 7, 27.

#### Fuhrgeschäft

verbunden m. Landwirtschaft, neuwertiges Wohnhaus mit 600 qm, u. w. momentan 10 Pferde beschlagnahmt, herbeifalschaber bei 70 000 M. Anzahlung sofort zu verkaufen. Anfragen unter M. T. 194 an die Geschäftsstelle. d. St. 511

#### Mahagoni-Salon

kompl. Einrichtung, erstklass. Arbeit, mit guten Leuch. Vorhängen für 2 Fenster, preiswert abzugeben. Anzugeben 2-4 Uhr nachmittags. 217  
In antrag. L. d. Geschäftsstelle.

#### Kompl. Schwelbaniago

neue (Friedenszeit), Tadellos halbes Tel. zu verkaufen. Anzugeben nachm. 4-5 Uhr.  
Bönisch, Witwe, Magentelstraße 23, 8. Stod.  
Bott. neues 21324

#### Franz. Billard

preiswert zu verkaufen. Angebote unter O. P. 66 an die Geschäftsstelle dieses Blattes erstein.

#### Anglisch, Tafelglas, Draht-Ornamentglas, sowie Glas- und Raschbröckelglas in best. Qual. und jeder Menge prompt ab Hülfe lieferbar. Angebote unter M. P. 190 an die Geschäftsstelle. d. St. 407

#### Kommunionkleid

weiß, Grammophon u. Mittel zu vert. 21405  
Kraus, R 6, 18, 11.

#### Herrn- und Kostümstoffe

abgegeben 487  
Dr. Metzger, 3. part. rechts.

#### Zu verkaufen:

Raschsch. Tisch, sehr neues Damenmantel (Schneiderarbeit auf Seidenstoff), Herrenschuster, Damenombel, Frauenstuhl u. Rombel, billig zu versch. Sonnenschein. Alles sehr gut erhalten. Anzugeben am 2-4 Uhr. L. 7, 7a, pl. 21210

#### Warenschrank und Theke

geeignet zur Einrichtung eines Speisegerchäftes zu verkaufen. Raberes 21320

#### Hübner, U 5, 2.

#### Fahrrad

gut erhalten, mit ganz neuen Bonnamatte zu verkaufen. 21317  
Wagnersstraße 11, p. 1.

#### Wirtschaftsnetz Glasier

fürer abgebreht, zu verkaufen.  
A. B. S. III. r. 21320



